

# wir im kiez

Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf  
Mai 2021

Folgen Sie uns auch auf

 @LinksfraktionMH  
 @LinksfraktionMarzahnHellersdorf

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

## STADT ENTWICKELN

# Wohnungen UND soziale Infrastruktur



Bauarbeiten für das neue Gesobau-Quartier an der Zossener Straße

**Wohnraum wird weiterhin gebraucht. Auch Grundstücke für z. B. Kitas und Schulen dürfen nicht fehlen.**

◀ In Marzahn-Hellersdorf sind in den vergangenen Jahren viele neue Wohnungen entstanden. Die meisten davon wurden von landeseigenen Wohnungsgesellschaften gebaut. Dadurch konnte auch sichergestellt werden, dass mindes-

tens die Hälfte davon als sozial geförderte Wohnungen errichtet wurden, das heißt mit einer Kaltmiete von 6,50 €/m<sup>2</sup>.

Und die Bautätigkeit scheint noch kein Ende zu haben. Weitere Projekte befinden sich gerade in Planung oder bereits in der Umsetzung. Zurecht fragen viele Menschen, warum gerade hier am Stadtrand eine so enorme Verdichtung stattfindet. Die Antwort dar-

auf ist vielseitig. Zum einen gibt es gerade in den Randbezirken noch landeseigene verfügbare Grundstücke. Vor allem dort wo früher bereits Wohnhäuser standen und abgerissen wurden, werden neue gebaut. Zum anderen verweigern sich jene Bezirke, wo sozial geförderter Wohnungsbau besonders wichtig ist, am stärksten dem Neubau. Während die oppositionelle CDU im Berliner Abgeordnetenhaus immer wieder von „Bauen, bauen, bauen“ spricht, verhindert sie dies überall dort, wo sie selbst Verantwortung trägt. Insbesondere die Westberliner CDU macht ausschließlich eigennützige Politik gegen den Stadtrand. Da aber auch weiterhin neue bezahlbare Wohnungen dringend gebraucht werden, müssen die Wohnungsgesellschaften die verfügbaren Flächen unter anderem in unserem Bezirk möglichst gut ausnutzen.

Als LINKE kämpfen wir trotz dieser Umstände für den Erhalt von grünen Oasen in den Stadtteilen und Grundstücken für Schulen, Kindergärten, Bibliotheken und weitere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Innenhöfe sollen von Wohnbebauung möglichst verschont bleiben und auch neue Spielplätze müssen ihren Platz finden.

Ein gutes Beispiel ist die große Freifläche am U-Bahnhof Cottbusser Platz zwischen Auerbacher Ring, Maxie-Wander-Straße und

Carola-Neher-Straße. Hier standen zwei Schulen, ein richtiges Band der Infrastruktur war hier im und für das Wohngebiet entstanden. Nur eine Sporthalle und das gegenüberliegende frühere Gymnasium sind davon noch übrig. Die beiden Schulen wurden in Zeiten des Geburtenrückgangs abgerissen. Das Grundstück soll nun wieder für Schule und Sport genutzt werden. 2013 hatte das Bezirksamt die Fläche im sogenannten Wohnungsmarktentwicklungskonzept als Wohnbaustandort ausgewiesen. Erst war von einem weiteren Standort für Reihenhäuser die Rede, wie sie bereits südlich der heutigen Unterkunft für geflüchtete Menschen entstanden sind. Auch ein Kunstcampus mit vielen Atelier- und Wohnhäusern war bereits in ersten Planungen im Gespräch und auch eine große Wohnbebauung war denkbar. Nun hat sich das Bezirksamt entschieden, die Fläche für den Gemeinbedarf zu sichern. Das heißt, dass dieses Grundstück für den Neubau von Schule, Sportanlagen oder anderen Bildungseinrichtungen vorgehalten wird. Weitere Wohnbauten hat die Bezirksverordnetenversammlung abgelehnt. Das Bezirksamt trägt damit dem wachsenden Bedarf an sozialer Infrastruktur im Bezirk Rechnung.

**Bjoern Tielebein**  
Fraktionsvorsitzender & Sprecher für Stadtentwicklung

## WOHNGELD UND WBS

# Stau auflösen

**Der Bearbeitungsstau bei Wohngeld- und WBS-Anträgen muss endlich aufgelöst werden.**

◀ Die aktuelle Situation im Amt für Bürgerdienste ist ernüchternd: Nachdem in der vergangenen Wahlperiode mehrere Bürgerämter geschlossen wurden, hatte sich die Linksfraktion für ein neues Bürgeramt eingesetzt. Der von der Mehrheit der demokratischen Parteien eingebrachte Beschluss dazu blieb jedoch bislang offen. Gleichzeitig kommt es zu einem Bearbeitungsstau bei Anträgen auf Wohngeld und auf den Wohnberechtigungsschein (WBS). Dies alles fällt in die Verantwortung des Bezirksstadtrates Thomas Braun. Seitdem der AfD-Politiker das Amt innehat, fehlt es an verlässlicher Führung seines Bereiches.

In mehreren Sitzungen des Fachausschusses für Bürgerdiens-

te, Ordnung und Sicherheit fragte die Linksfraktion bezüglich des Bearbeitungsstaus nach. Herr Braun räumte ein, dass in vielen Fällen die Anträge nicht in der dafür vorgesehenen Zeit bearbeitet werden konnten. Mit einem Antrag forderten wir daraufhin Herrn Braun dazu auf, geeignete Maßnahmen zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung zu ergreifen.

Der Bearbeitungsstau bei den Wohngeldanträgen und den WBS dauert mittlerweile schon viele Monate an. Trotz einer angespannten Personalsituation im Bereich der Bürgerdienste sind die rechtlichen Rahmenbedingungen endlich umzusetzen. Gerade in der heutigen Zeit sind die Möglichkeiten für Familien mit geringem Einkommen, die nach bezahlbarem Wohnraum auf dem schwierigen Wohnungsmarkt suchen, begrenzt. Durch einen WBS kann dieses niedrige Einkommen nachgewiesen werden



Auch die frühere Schließung von Bürgerämtern hat die Situation verschärft

und es besteht ein Anspruch auf öffentlich geförderte Wohnungen.

Besonders für Menschen, die einen Antrag auf Wohngeld stellen, ist es wichtig, dass ihr Anspruch auch eingelöst wird. Hierfür forderten wir in einem von der BVV beschlossenen Antrag, dass in besonderen Härtefällen auch Vorschusszahlungen des Wohngeldes zu leisten sind. Die Corona-Pandemie verschärft die soziale Situation von Menschen, die auch schon vor dieser Krise mit wenig Geld auskommen mussten. Hinzu kommen Menschen, die als Selbstständige, Künstler\*innen

oder Kurzarbeiter\*innen durch die Pandemie Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Gerade sie sind auf die Unterstützung bei der Suche nach neuem Wohnraum angewiesen und können nicht monatelang auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten.



**Klaus-Jürgen Dahler**  
Sprecher für Haushalt, Personal und Bürgerdienste



## HALLO

In wenigen Monaten endet diese Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung. Für uns als Linksfraktion stand und steht ein für alle Bewohnerinnen und Bewohner sozial gerechter Bezirk im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Gute Schulen, Kindergärten und Spielplätze sind uns ebenso wichtig wie ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr und grüne Oasen inmitten unserer Wohngebiete.

Der Senat hat ein bis dahin beispielloses Sanierungs- und Neubauprogramm für die Berliner Schulen auf den Weg gebracht. Damit dies auch tatsächlich funktioniert, mussten zunächst die dafür notwendigen Strukturen in den Bezirken geschaffen werden. Die kleingesparten Bauämter mussten aufgebaut und neue Arbeitsweisen entwickelt werden. Langsam – aus unserer Sicht viel zu langsam – aber sicher nimmt die Sanierungs-offensive Fahrt auf und wird in den kommenden Jahren für viele moderne und auch neue Schulen sorgen.

Beim Wohnungsbau haben private Investoren und landeseigene Wohnungsgesellschaften nicht immer ausreichend Augenmaß gezeigt, wenn es um ebenso notwendige Frei-, Spiel- und auch Parkplatzflächen geht. Neue und bezahlbare Wohnungen werden dringend in Berlin gebraucht. Dennoch werden wir auch weiterhin für den Erhalt grüner Freiräume kämpfen und gleichermaßen mithelfen, dass Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ein bezahlbares Zuhause finden.

Wir haben noch viel vor, damit sich Marzahn-Hellersdorf weiter sozial gerecht, ökologisch und demokratisch entwickelt. Mit Ihnen gemeinsam wollen wir unseren Bezirk weiter gestalten.

Herzliche Grüße

**Bjoern Tielebein**  
Fraktionsvorsitzender

## SCHULREINIGUNG

## In öffentlicher Hand

**Die Schulreinigung ist für viele Kinder und Eltern ein wichtiges Thema. Unser Ziel ist deshalb: Gute Reinigung und faire Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte. Unser Weg: Schulreinigung in die öffentliche Hand!**

◀ Ende 2020 hat die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf einen Antrag zur Rekommunalisierung der Schulreinigung in die BVV Marzahn-Hellersdorf eingebracht. Im März 2021 wurde dieser beschlossen. Aktuell wird die Schulreinigung durch externe Firmen durchgeführt. Damit einher gehen aufwändige Ausschreibungsverfahren, bis eine geeignete Firma



gefunden worden ist. Zudem hat der Bezirk weniger Kontrolle darüber, wie es um die Reinigungsleistung bestellt ist. Hinzu kommt oftmals eine unfaire Bezahlung der Arbeitskräfte und schlechte Arbeitsbedingungen. Viele Reinigungskräfte arbeiten auf Minijob-Basis oder sind in Teilzeit und befristet beschäftigt. Aufgrund der sich nach unten drehenden Preisspirale der vergangenen Jahre haben Reinigungskräfte nur wenige Minuten, um einen ganzen Klassenraum zu reinigen. Da bei Ausschreibungen vor allem nach dem Preis ausgewählt wird, bekommt in der Regel der billigste Anbieter den Zuschlag und nicht der, der fair bezahlt. Gute Arbeit braucht aber Wertschätzung, die sich u. a. in einer fairen Bezahlung zeigt.

Schrittweise wollen wir von Fremd- auf Eigenreinigung umstellen. Unser Ziel: Zum Schuljahr 2025/26 sollen alle Schulreinigungskräfte beim Bezirk angestellt sein. Die Privatisierung, die vor über 10 Jahren erfolgte, muss zurückgenommen werden. Bereits sechs Berliner Bezirke haben einer Rekommunalisierung zugestimmt. Unser Bezirksamt muss sich anschließen und sich gegenüber dem Berliner Senat für die Rekommunalisierung der Schulreinigung sowie deren Ausfinanzierung einsetzen. Nur so können gute und faire Arbeitsbedingungen sowie eine weitere Verbesserung der Reinigungsleistung gewährleistet werden.



**Steffen Ostehr**  
Sprecher  
für Bildung

## SCHULE

## Sanieren, erweitern, neubauen

**Marzahn-Hellersdorf ist der am stärksten wachsende Bezirk Berlins. Neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist es vor allem wichtig, dass die soziale Infrastruktur mithält.**

◀ Aktuell sind über die Hälfte aller Grundschulen in Marzahn-Hellersdorf überbelegt. Im Hinblick auf die gestiegene und weiter steigende Zahl an Grundschul\*innen rechnet die Senatsverwaltung für Bildung auch mit einem entsprechenden Anstieg der Zahl an Oberschüler\*innen in der Zukunft. Bis zum Schuljahr 2025/26 wird bezirksweit ein Plus von mehr als 1.300 Schüler\*innen erwartet. Der Bau und die Erweiterung von Schulen sind somit wichtiger denn je.

Nachdem die Kiekemal-Grundschule in Mahlsdorf im April diesen Jahres endlich eine Erweiterung auf dem Lehnitzplatz bekommen hat, müssen nun auch die Erweiterungsmaßnahmen für die anderen Grundschulen im Bezirk vorangehen. Bis zum Frühjahr 2023 soll eine neue Grundschule am Naumburger Ring in Hellersdorf entstehen. Die Grundschule an der Mühle soll nach aktuellem Zeitplan bis Ende des Jahres 2021 Schulpavillons im Rahmen des Pilotprojektes aus Charlottenburg-Wilmersdorf erhalten. Bis Mitte 2022 sollen die Schulcontainer für die Kolibri-Grundschule auf ei-



Die sanierte Wolfgang-Amadeus-Mozart-Gemeinschaftsschule in Hellersdorf

ner Freifläche an der Louis-Lewin-Straße stehen.

In der Sebnitzer Straße in Hellersdorf soll ein Drehscheibensstandort entstehen. Einen solchen Ausweichstandort, an dem ganze Schulen ausgelagert und die Schüler\*innen beschult werden können, während ihr Gebäude saniert oder erweitert wird, fordern wir als Linksfraktion schon lange. Eigentlich bräuchte unser Bezirk mindestens drei solchen Drehschei-

benstandorte. Wir sind aber froh, dass nun wenigstens ein Standort kommt, dessen Fertigstellung für das Schuljahr 2024/25 geplant ist.

Darüber hinaus geht es auch um unserer Forderung nach Gemeinschaftsschulen voran: mindestens eines der geplanten Schulneubauvorhaben soll eine Gemeinschaftsschule werden. Diese Schulform beinhaltet sowohl die Grundstufe als auch die Sekundarstufe und kann somit besser auf steigende

Schüler\*innenzahlen reagieren.

Trotz der konkreten Maßnahmen, die in den nächsten Jahren fertiggestellt werden sollen, ist es wichtig, dass dem steigenden Bedarf an Schulplätzen rechtzeitig entgegengewirkt wird. Dazu kommt ein immenser Sanierungsbedarf an vielen Schulen im Bezirk. Dabei müssen wir unbedingt darauf Acht geben, dass diese Bedarfe in der aktuellen Krise nicht einem vermeintlichen Sparzwang zum Opfer fallen. Wir wollen in jedem Fall verhindern, dass in die Krise hineingespart wird.

Viel zu lange wurden die steigende Schüler\*innenzahl in Marzahn-Hellersdorf ignoriert. Der damals zuständige Bezirksstadtrat Stefan Komoß (SPD) hat viel zu lange nicht gehandelt. Es wurde nicht auf die steigende Zahl an Schüler\*innen reagiert und die Entwicklung verschlafen. Der jetzt zuständige Stadtrat Gordon Lemm (SPD) ist dringend gefordert die nötigen Schulplatzkapazitäten zu schaffen. Es darf nicht zu Lasten zukünftiger Generationen gehen, dass an dieser Stelle nicht entsprechend gehandelt wurde.



**Sarah Fingarow**  
stellvertretende  
Fraktions-  
vorsitzende &  
Vorsitzende des  
Schulausschusses

## VEREINE STÄRKEN

## Zukunft des Sports im Bezirk

**Marzahn-Hellersdorf bietet viele Möglichkeiten, in Vereinen sportlich aktiv zu werden.**

◀ Neben Klassikern wie Fußball, Leichtathletik oder Volleyball können interessierte Bürger\*innen auch das Fechten, American Football oder verschiedene Kampfsportarten erlernen. Die Sportvereine haben dabei auch eine gesellschaftliche Bedeutung: Sie bieten vielen Mitgliedern nicht nur einen sportlichen Ausgleich, sondern sind auch eine Art zweite Familie.

Im Zuge der aktuellen Krise ha-

ben bereits viele Sportvereine Mitglieder in verschiedenen Bereichen (Trainer, Trainingsgruppen etc.) verloren. Das liegt zum einen am fehlenden sportlichen Angebot und zum anderen auch an den finanziellen Engpässen der Mitglieder. Wichtig für unsere Fraktion ist, dass unser Bezirk sein vielfältiges und wichtiges Sportangebot nicht verliert. Deswegen haben wir uns für eine bezirksweite Werbekampagne für unsere Sportvereine in Marzahn-Hellersdorf eingesetzt. Diese soll

**Unser Bezirk hat über 70 Sportvereine.**

zeitnah gestartet und auch über die Pandemie hinaus fortgesetzt werden. Ziel ist es, alte und natürlich neue Sportinteressierte in die Vereine zu bringen, damit unsere Sportvereine aktiv einen Weg aus der

Krise finden.

Wir wollen nicht nur die Zukunft der Sportvereine sichern, sondern auch die Sportstätten zukunftsfähig gestalten. Hierfür soll beim Neubau oder der Sanierung von Sportstätten, Nebengebäuden und überdachten Sportplätzen auf Dachbegrünung oder den Einbau von Solarzellen gesetzt werden. Diese Kombination kommt nicht nur den sportlich aktiven Menschen im Bezirk zugute, sondern auch dem Klima. Fördermöglichkeiten gibt es beispielsweise über Zuschüsse vom Green-Lab-Roof-Projekt.



Unsere Sportvereine – vielfältige Möglichkeiten für Jung und Alt



**Konstanze Dobberke**  
Sprecherin  
für Sport

## HERAUSGEBER

DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf  
Helene-Weigel-Platz 8  
12681 Berlin

## KONTAKT

Internet: [www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)  
E-Mail: [kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](mailto:kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)  
Telefon: 030 902935820

## SPRECHZEITEN

Montag	16 bis 18 Uhr
Dienstag	10 bis 12 Uhr
Mittwoch	15 bis 17 Uhr
Donnerstag	15 bis 18 Uhr

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Bjoern Tielebein  
Redaktion: Ellen Werning,  
Thomas Braune, Marina Richter-Kastschajewa  
Fotos: Linksfraktion  
Layout: Thomas Herbell

Sie möchten auf dem Laufenden bleiben? **Abonnieren Sie unseren Newsletter:**  
[www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter)

## INTERNATIONALER KINDERTAG

# Kinderrechte stärken

**Anfang des 20. Jahrhunderts rücken erstmalig die Bedürfnisse und Rechte von Kindern in den Blick der Öffentlichkeit. Erst Jahrzehnte später, im Jahr 1989, kommt es mit dem „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ zu einer verbindlichen Vereinbarung in der UN-Vollversammlung.**

◀ In vielen Teilen der Welt werden Kinderrechte leider immer noch verletzt. Armut, Kriege und weitere Krisen rauben Kindern die Entwicklungschancen. Im

schlimmsten Fall werden sie als Soldaten rekrutiert oder zur Prostitution gezwungen.

Im Gegensatz dazu befinden wir uns in Deutschland in einer sehr privilegierten Lage. Dennoch stehen Kinderrechte und damit die Kinder selbst relativ weit unten in der Prioritätenliste. Für nicht wenige Familien und Alleinerziehende ist es schwer, den Alltag zu meistern. Das zeigen die rund 2,7 Millionen von Armut betroffenen Kinder in unserem Land. Durch die Armut bleiben ihnen essenzielle Kinderrechte, wie das Recht auf eine vollwertige Ernährung

verwehrt. Ihnen wird das Gefühl vermittelt, nicht dazugehören, abgehängt zu sein. Ihr Hilfeschrei ist oft Aggressivität und sogenannte „Unangepasstheit“.

In Marzahn-Hellersdorf gibt es unzählige Initiativen, Projekte, Vereine und Orte für Kinder, bei denen sie Rückhalt finden. Hier gibt es Spaß auf dem Abenteuerspielplatz, vertrauensvolle Gespräche unter Mädchen, das Füttern des Lieblingsschafes, Hausaufgabenhilfe oder sogenannte „Challenges“ im Netz. Es sind Projekte, die mit Steuergeldern und Spenden finanziert werden,

Beratungs- und Hilfsangebote vom Jugendamt – alle mit dem Ziel, Kinder beim Erwachsenwerden zu unterstützen.

Mit Corona ist das Leben der jungen Menschen zusätzlich stark belastet. Ihre Lieblingsorte sind nur teilweise geöffnet, weswegen der Alltag kaum Abwechslung bietet. Hinzu kommt, dass auch die häusliche Gewalt gegen Kinder zunimmt.

Die Fraktion DIE LINKE hat zur Unterstützung von Kindern und deren Eltern einige Anträge in die BVV eingebracht. So forderten wir die finanzielle Entlastung von Eltern, die wegen Kinderbetreuung im Lockdown ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen und dadurch Einkommenseinbußen erleiden. Des Weiteren wurde durchgesetzt, dass kostenloses Mittagessen an den Schulen, selbst wenn kein Präsenzunterricht stattfindet, angeboten wird. Außerdem initiierten wir, dass beitragsfreie Schwimmkurse für Kinder während der Ferienzeiten stattfinden bzw. auch künftig stattfinden werden. Engagiert setzen sich unsere Verordneten zudem für ein Kinderparlament ein.



**Sabine Schwarz**  
Sprecherin  
für Behinderten-  
politik



In diesen Zeiten ist es besonders wichtig, Kinderrechte zu stärken.

## HILFE IN SCHWIERIGEN ZEITEN

# Mehr Angebote für Schuldenberatung

**Im März 2021 wurde dieser Antrag der Linksfraktion durch die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen.**

◀ Wir wollen mehr Beratungsangebote (besonders Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung) durch die Verbraucherzentrale im Bezirk. Dafür soll sich das Bezirksamt gegenüber dem Berliner Senat einsetzen.

Stadtteile mit einer sehr hohen Zahl an verschuldeten Menschen brauchen dringend mehr Beratungsangebote vor Ort. Der aktuelle Schuldenatlas zeigt, dass die Situation in Marzahn-Hellersdorf schwierig ist: Viele Haushalte sind ohnehin verschuldet, doch die Pandemie wirkt sich bei vielen Menschen noch zusätzlich auf die Haushaltskasse aus.

Im Bezirk gibt es derzeit zwei Schulden- und Insolvenzberatungsstellen. Das Angebot vom Verein Julateg richtet sich an alle Ratsuchenden aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf und ist unabhängig vom Geschlecht, Alter, Religion oder Nationalität. Die Beratung bei Schulden, Zahlungsschwierigkeiten,

Zwangsvollstreckungen, drohender Insolvenz etc. ist kostenlos.

Natürlich erfolgen die Beratungen diskret und unter Beachtung des Datenschutzes – auf Wunsch der Klient\*innen auch anonym. Sie basieren auf dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe. Der LINKEN ist es wichtig, dass die Finanzierung der Beratungsstellen jährlich gesichert werden konnte und in den kommenden Jahren weiter durch das Land Berlin finanziert wird.

Bei unserer Initiative geht es jedoch nicht allein um die Schuldenberatung. Verbraucher\*innenberatung ist für alle interessierten Bürger\*innen eine nützliche Sache.



**Marina Richter-Kastschajewa**  
Fraktions-  
geschäftsführerin

**Beratungsstelle in Hellersdorf:**  
Ernst-Bloch-Straße 43, 126219 Berlin  
Telefon 030 54712152

**Beratungsstelle in Marzahn:**  
Wörlitzer Straße 1a, 12889 Berlin  
Telefon 030 91140747



Zu Besuch bei der Schuldenberatung Julateg

## DRAUSSENSTADT

# Open-Air-Kultur ermöglichen

**Die Berliner Clubs befinden sich in einer existenziellen Notlage.**



◀ Aufgrund der Pandemie können nach wie vor keine Indoor-Tanzveranstaltungen stattfinden. Die Beschäftigten stehen vor großer Ungewissheit, müssen um ihre Arbeit fürchten oder haben sich schon umorientiert. Gleichzeitig sehnen sich viele Menschen danach, Kultur zu erleben und so die Pandemie wenigstens für einen Augenblick zu vergessen.

Schon im vergangenen Jahr haben Bürgermeister Klaus Lederer (DIE LINKE) und die drei Bezirksbürgermeister\*innen der LINKEN Initiative des Rates der Künste aufgegriffen und unter dem Motto „Draußen spielt die Musik“ für Kunst, Theater und Musik auf Frei- und Grünflächen, Straßen und Plätze geworben. So konnten unkompliziert Veranstaltungen draußen stattfinden.

Flächen gibt es genug: Beispielhaft sei hier das Gelände rund um den Georg-Knorr-Gewerbepark am S-Bahnhof Marzahn genannt, das für eine künftige Wohnbebauung vorgesehen ist. Auch die Straßenbahnlinie M6 verkehrt in unmittelbarer Nähe. Weiterhin liegt das riesige Gelände des Cleantech-Business-Parks immer noch im Tiefschlaf und könnte im Sommer durch elektronische Klänge wach geküsst werden.

Mit der neuen Plattform DRAUSSENSTADT hat die Senatsverwaltung für Kultur Möglichkeiten zur Vernetzung von Kulturschaffenden geschaffen und Kunst und Kultur im öffentlichen Raum ermöglicht. So fand beispielsweise am 3. Oktober der „TAG DER CLUBKULTUR“ statt, bei dem Clubs unter strengen Hygieneregeln öffnen konnten und DJs auch unter freiem Himmel auflegten.

In diesem Jahr ist Marzahn-Hellersdorf Partnerbezirk der Fête de la Musique am 20. und 21. Juni. So soll es beispielsweise auf der Marzahner Promenade Konzerte geben. Wir hoffen, dass diese auch vor Ort – und nicht nur im geplanten Live-Stream – stattfinden können.



**Olaf Michael Ostertag**  
Kulturpolitischer  
Sprecher

## GRÜNE OASEN IM BEZIRK

# Das Wuhletal – unsere Landschaft

**Das Wuhletal ist der längste zusammenhängende Grünzug Berlins.**

◀ Von der nicht mehr sichtbaren Quelle im Rehhahn bei Ahrensfelde bis zur Mündung der Wuhle in die Spree in Köpenick sind es mehr als 16 Kilometer und etwa 30 Meter Höhenunterschied.

Auch die „Berge“ westlich des Tales gehören dazu: die Ahrensfelder Berge (bis zu 114,5 Meter), der Kienberg (102 Meter) und die Biesdorfer Höhe (82 Meter). Diese Erhebungen waren einst Oser, sogenannte Wallberge, die dann durch Trümmer, Bauschutt bzw. Müll aufgeschüttet wurden. Dazwischen lassen sich vereinzelt Auwaldreste erahnen.

Inzwischen werden Teile des Wuhletals von Vierbeinern gepflegt: Schottische Hochlandrinder, Schafe und Dülmener Pferde. Aber auch „wilde“ Tiere gibt es noch. Unweit des S- und U-Bahnhofes „Wuhletal“ finden in jedem Winter in der Paarungszeit Hasenkämpfe statt. Außerdem bietet der Wuhleteich Lebensraum für Graugänse. Jahrhundertlang nutzten die Bauern der Umgebung das Wuhletal zur Weide ihrer Tiere bzw. als Anbaufläche. Dann kam die Nutzung durch die Rieselfeldwirtschaft und später der Bau des Klärwerks Falkenberg und schließlich der Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf.

Heute wächst der Druck auf die Gewinnung und Verwertung von Bauland, zumindest auch



Das Wuhletal ist eine der grünen Oasen in Marzahn-Hellersdorf.

am Rande unserer Freiflächen. Das Wuhletal soll und muss aber als Landschaft zum Erholen, aber auch in seinen natürlichen Funktionen für Tier- und Pflanzenwelt, Wasser, Boden und Klima erhalten bleiben und für die nachkommenden Generationen gesichert werden. Erste Maßnahmen zur Herstellung eines natürlichen bzw. guten ökologischen Zustandes im Fließsystem der Wuhle erfolgten nach der Stilllegung des Klärwerks Falkenberg zwischen 2006 und 2008. Die sogenannten Renatu-

rierungsmaßnahmen müssen aber im mittleren und südlichen Bereich der Wuhle weitergehen und weitere künstliche Einbauten entfernt werden. Gleichzeitig ist die Landschaftsplanung für die Freiräume und die verschiedenen Standorte unter Berücksichtigung der Entwicklung der letzten dreißig Jahre wieder aufzunehmen. Dass Mittel aus dem berlinweiten „Ökokonto“ in die Gestaltung des Wuhletals fließen, ist sehr zu begrüßen. Wir fordern aber auch die Ausweisung des gesamten Wuhletals als

Landschaftsschutzgebiet. In der Senatsumweltverwaltung sind die Voraussetzungen zu schaffen, um fachlich kompetent Unterschutzstellungsverfahren im Sinne der „Berliner Stadtnatur“ durchzuführen.



**Frank Beiersdorff**  
Sprecher  
für Umwelt und  
Naturschutz

## CECILIENPLATZ

## Beteiligung garantieren

**Der geplante Neubau am Cecilienplatz sorgt für viele Diskussionen. Wir wollen, dass Bürger\*innen mitreden können.**

◀ Seit längerem ist bekannt, dass der Besitzer des Gewerbegebäudes am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord und jene der danebenstehenden Häuser, Cecilienplatz 10 und 12, abreißen und neu bauen will. Was konkret an diesem Standort errichtet werden soll, war immer wieder unklar. Von drei nebeneinanderstehenden Hochhäusern war die Rede. Ebenfalls kursierte die Idee, dass sich die beiden Eigentümer auf eine gemeinsame Entwicklung verständigen würden. Doch das scheint bisher nicht der Fall zu sein.

Damit Bürgerinnen und Bürger, der Bezirk und anliegende Grundstückseigentümer über die Entwicklung des Geländes mitreden können, hat das Bezirksamt unter Leitung von Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle 2019 ein sogenanntes Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Das Bezirksamt kann damit zumindest in einem bestimmten Maß beeinflussen, welche Art von Gebäuden zulässig sind, dass der Weg zur U-Bahn uneingeschränkt nutzbar bleibt und auch der Wochenmarkt weiterhin am Standort stehen kann. Ohne ein solches Bebauungsplanverfahren könnten die privaten Eigentümer der Gebäude ohne Einfluss der Öffentlichkeit Häuser im Maße der umliegenden Bebauung errichten.

Für die beiden Gebäude Cecilienplatz 10 und 12 wurden zwar vom Eigentümer 2018 sogenannte Bauvorbescheide erfolgreich beantragt, diese sind jedoch inzwischen abgelaufen. Welche Absichten der Besitzer der Gebäude nunmehr verfolgt, ist bisher unklar. Die Mitsprache der Menschen im Kiez muss bei der Entwicklung des Bahnhofsumfeldes garantiert werden. Frühzeitige Informationen seitens des Bezirksamtes und der Eigentümer der Grundstücke über die nächsten Schritte sind zwingend erforderlich. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

**Bjoern Tielebein**  
Sprecher für Stadtentwicklung



**Das haben wir für Sie erreicht:** Runder Tisch für Verkehrslösung Mahlsdorf +++ Kolibri-Grundschule und Grundschule an der Mühle bekommen endlich temporäre Erweiterungen +++ Innenhöfe der Großsiedlungen für Bau von Kitas und Schulen sowie Erhalt von Grünflächen gesichert.

Einen Gesamtüberblick unserer Arbeit finden Sie in unserer Bilanzbrochure zur Wahlperiode 2016–2021. Ein kostenloses Exemplar bestellen Sie per Mail über [fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de) oder per Telefon 030/902935820.

## HELLERSDORF-NORD

## Neuer Jugendklub

**In der Ludwigsfelder Straße 2a in Hellersdorf-Nord entsteht eine neue Jugendfreizeiteinrichtung (JFE), welche vom Bezirk betrieben werden soll. Noch bis 2018 befand sich dort eine JFE, betrieben vom Träger Ball e. V.**

◀ Nach langer Zeit entsteht damit wieder eine bezirkseigene JFE. Mit dem Personalabbaukonzept des ehemaligen Bezirksbürgermeisters Stefan Komoß (SPD) mussten im Jahre 2013 alle bezirklichen JFE in freie Trägerschaft übertragen werden. Heute wissen wir, dass der Personalabbau ein Fehler war, von dem viel zu spät abgekehrt wurde. Trotz alledem konnten die JFEs ihre Arbeit in freier Trägerschaft mit überzeugenden Konzepten fortsetzen – jedoch mit Abstrichen bei der Personalausstattung.

Natürlich ist es zu befürworten, dass Hellersdorf-Nord eine neue

JFE bekommt, gibt es doch einen Fehlbedarf in dieser Bezirksregion. Beim Verfahren gibt es aber deutlichen Nachholbedarf, da die Öffnung, Übertragung und Schließung von bezirklichen Einrichtungen Sache der BVV ist und auch der Jugendhilfeausschuss ein Wort mitzureden hat. Es reicht nicht, wenn der Bezirksstadtrat lediglich die BVV und den Ausschuss informiert.

Laut dem Konzept, das bislang vorliegt, leben in Hellersdorf-Nord 8.443 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 27 Jahren. Damit besteht ein Bedarf von 750 Plätzen in Jugendfreizeiteinrichtungen. Aktuell stehen aber nur 585 Plätze zur Verfügung. Mit der neuen JFE werden 100 neue Plätze auf einer Gesamtfläche von 249 m<sup>2</sup> entstehen. In Hellersdorf-Nord gibt es im Bezirksvergleich die meisten unter 18-jährigen Jugendlichen. Hinzu kommen vielfältige soziale Probleme und überdurchschnittlich viele

Familien, die von Hartz-IV leben müssen. Die neue JFE wird also dringend benötigt, um neue Freizeitangebote zu schaffen. Die Zielgruppe der neuen Einrichtung stellen demnach insbesondere Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 18 Jahren dar, wobei davon ausgegangen wird, dass Kinder bis 13 Jahren die Hauptnutzer\*innen sein werden. Insgesamt vier Mitarbeiter\*innen – Leitung plus drei Erzieher\*innen – sind für die Betreuung und die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen vorgesehen.

Die pädagogisch inhaltliche Ausrichtung der JFE muss in den kommenden Monaten noch weiter qualifiziert werden. Wir werden diesen Prozess konstruktiv und kritisch begleiten und freuen uns, dass die Kinder und Jugendlichen bald einen neuen Ort zur gemeinsamen Freizeitgestaltung in Hellersdorf haben werden.



**Steffen Ostehr**  
Vorsitzender des  
Jugendhilfe-  
ausschusses,  
Sprecher  
für Bildung